

28.01.2009

Schriftliche Anfrage

von Susi Gut (PFZ)
und Markus Schwyn (PFZ)

In der Interpellationsantwort 2005/314 antwortet der Stadtrat auf die Frage, was er gegen eine mögliche Zunahme von ausländischen „Sexworkerinnen“ unternehmen will, wie folgt: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zahl der Prostituierten aus den neuen EU-Staaten schrittweise zunehmen wird. Sollte dies eintreffen, wird sich die Stadtpolizei der neuen Situation anpassen. Allenfalls werden dann – wenn nötig – weitere Massnahmen zu prüfen sein, um beispielsweise verstärkt gegen eine allfällige missbräuchliche Verwendung von Wohnraum für das Sexgewerbe oder ganz allgemein gegen eine für die Quartierbevölkerung untolerierbare Ausweitung des Sexgewerbes vorzugehen.“

In der Interpellationsantwort 2004/10 schreibt der Stadtrat: „Über die Aufgabe der Prostitutionsstätigkeit existieren – wiederum Mangels Meldepflicht – keine zuverlässigen Zahlen.“

Tatsächlich hat die Zahl der ausländischen „Sexworkerinnen“ in den letzten Jahren massiv zugenommen. Alleine im letzten Jahr stammen 298 neue „Sexworkerinnen“ aus den neuen EU-Staaten, so die neusten Zahlen der Stapo Zürich. Der Stadtrat hat aber entgegen der zitierten Interpellationsantwort wenig gegen diesen massiven Zustrom ausländischer „Sexworkerinnen“ unternommen und ist gegen eine Meldepflicht.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist die Zuwanderung von ausländischen „Sexworkerinnen“ in der Stadt Zürich in den letzten 3 Jahren?
2. Welche Herkunft haben diese „Sexworkerinnen“? (Die Interpellanten bitten um eine detaillierte Angabe des jeweiligen Landes)
3. Wie hoch schätzt der Stadtrat den Anteil an illegal anwesenden „Sexworkerinnen“ in der Stadt Zürich?
4. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, damit sich nicht noch mehr sogenannte selbständige „Sexworkerinnen“ aus dem vereinigten Europa in der Stadt Zürich niederlassen?
5. Wie hoch schätzt der Stadtrat eine mögliche Zuwanderung von „Sexworkerinnen“ aus den beiden neuen EU-Staaten?
6. Warum ist der Stadtrat gegen die Einführung einer Meldepflicht?

